

# Sallesche Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 296. für Anhalt und Thüringer. Jahrgang 1907.

Waggeprei für Halle und Querfurt 2,50 RM, durch die Post bezogen 3 RM für das Vierteljahr. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich außer an Feiertagen. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich außer an Feiertagen. Die halbjährige Zeitung erscheint wöchentlich außer an Feiertagen.

Zweite Ausgabe  
Donnerstag, 27. Juni 1907.

Verlags- und Druckerei des Verlegers Dr. A. S. Salles in Halle a. S., Unter den Eichen 11. Druck und Verlag von Otto Schöler in Halle a. S.

### Deutsches Reich.

Halle a. S., den 27. Juni.

**Der Kaiser vor Kiel.** Mittwoch mittags gegen 1 Uhr lief die „Hohenzollern“ mit dem Kaiser an Bord wieder in Kiel ein. Seine Majestät folgte einer Einladung zur Frühstückstafel an Bord der „Miltz“ beim Kapitän von Monaco. Später nahm der Monarch auf der Yacht Besichtigung vor. Ihre Majestät die Kaiserin traf abends aus Grünholz wieder in Kiel ein.

**Das Staatsministerium** trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Fürsten Hilow zu einer Sitzung zusammen. Der Ministerpräsident meinte: Der bisherige Staatssekretär des Innern, Staatsminister Graf v. Posadowski, verabschiedete sich Mittwoch früh mit einer Ansprache von den Beamten seines Ressorts. Namens der Beamten widmete ihm der Unterstaatssekretär herzliche Worte des Abschieds. Kurz nachher übernahm in der gleichen Weise der zum Staatssekretär des Innern ernannte Staatsminister v. Bethmann-Sollweg die Amtsgeschäfte des Reichs des Innern und ließ sich die Beamten seines Ressorts vorstellen.

**Der neue Unterstaatssekretär im Ministerium der öffentlichen Arbeiten.** Unter den Kandidaten, die für den freigewordenen Unterstaatssekretärposten im Ministerium der öffentlichen Arbeiten in Frage kommen könnten, wird dem „V. L.“ von informierter Seite der Regierungspräsident in Düsseldorf, Schreiber, genannt. Herr Schreiber wird als ein sehr tüchtiger und erfolgreicher Verwaltungsmann bezeichnet.

**Der heftige Sturm** in Berlin. Die „Darmstädter Zeitung“ meldet: Aber die in verschiedenen Blättern enthaltene Nachricht, daß der großherzoglich preussische Gesandte in Berlin von Reichardt in den Aufbruch trete, ist an maßgebender Stelle nichts bekannt.

### Geldmarktfragen.

Schwere Sorgen bedrücken seit einigen Jahren die Staatsgläubiger: Seit 1904 sind die Kurse unser Reichs- und Staatsanleihen ebenso wie die der Pfandbriefe und sonstiger feinerzinsiger Papiere rapide zurückgegangen. Am 24. Juni d. J. notierten 3½proz. Anleihen 93,90 und 3proz. 83,60. Berücksichtigt man, daß der Durchschnittskurs in den Jahren 1901—04 für 3½proz. Anleihen nahezu 102, für 3proz. etwa 91 gewesen ist, so ergibt sich für eine verhältnismäßig kurze Spanne ein Verlust von 8 bzw. 7½ Proz. Betrachtet man den Vergleich auf einen 12jährigen Zeitraum, d. h. bis auf 1895 zurück, so hegen sich diese Differenzen noch beträchtlich, nämlich auf 11 bzw. 15 Prozent. Erfahrungsgemäß pflegen die Staatspapiere in Zeiten ungünstiger wirtschaftlicher Konjunkturen zu steigen; demgemäß erreichten die 3proz. Anleihen 1895 den Höchststand von 100,80, die 3½proz. 105,20. Während des wirtschaftlichen Aufschwungs 1896—1900 waren die Kurse anfangs langamer, alsdann aber mit zunehmender Geldmangeligkeit nach; der niedrigste Stand wurde damals mit dem Schluß der Hochkonjunktur im Jahre 1900 erreicht: 92,75 für 3½proz., 84,90 für 3proz. Anleihen. Diese Kurse gleichen annähernd denjenigen, welche zurzeit vorherrschend sind. Bemerkenswert, wenn auch gerade nicht auffällig, muß es erscheinen, daß in den folgenden Jahren des wirtschaftlichen Niederganges bis 1903 die Staatsanleihen um etwa 2 Proz. hinter den Notierungen um die Mitte der 90er Jahre vor Jahrhunderts zurückblieben; der Grund hierfür liegt in der verhältnismäßig kürzeren Dauer der letzten rückgängigen Wirtschaftsperiode zu erwidern.

Die gegenwärtig wichtigste Frage: Wann haben wir mit einer durchgreifenden Herabsetzung des Kursstands unserer Staatspapiere zu rechnen? wird erst richtig beantwortet werden können, sobald sich aus dem Gange des Wirtschaftslebens unabweislich erkennen läßt, daß die Hochkonjunktur ihr normales Ende erreicht habe. Das ist bis jetzt noch nicht der Fall. Man wird auch nicht erwarten dürfen, daß schon im ersten Stadium der niederliegenden Konjunktur eine nach oben gerichtete Tendenz; sich schon im Kurse ausprägen werde; solche tritt vielmehr erst ein, sobald die Unflexibilität und Unrentabilität der Industrie die Kapitalienpublikum mehr und mehr flüchtig gemacht haben. Unter den heutigen Verhältnissen dürfte man überhaupt nicht damit zu rechnen sein, daß unsere überflüssigen Industrieaktien in absehbarer Zeit hinsichtlich der Dividenden Einnahmen ausgesetzt sein werden wie in der Inflationszeit; dementsprechend dürfte sich auch die Kursumsetzung ruhiger gestalten. Wenn freilich die Kurse unserer Staats- und Industrieaktien seit Anfang dieses Jahres verfallen hat, wird bismarckianer erkannt, aber vergeblich nach den letzten Gründen für die einmaligen Kursrückgänge getortet haben. Auffaucht gute Industrieaktien, deren Kurse durchaus keinen anormalen Hochstand erreicht hatten, finden um 50 bis 60 Prozent gefallen, die Aktien unserer Großbanken um 20 bis 30 Prozent, und wenn man einige Monate weiter zurückgreift, noch erheblich mehr. Man wird an die unglücklichen Zeiten nach dem Zusammenbruch der Hochkonjunktur im

Sommer 1900 erinnert. Die Zeiten haben sich aber seither ganz erheblich geändert, und zwar verheerend. Allgemein wird in den gewerblichen Kreisen die Ansicht vorherrschend, daß der jetzige Stand der Industrieverhältnisse den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen keineswegs entspricht und auch nicht denen der nächsten Zukunft. Die Werke haben die letzten Jahre dazu benutzt, um sich innerlich zu kräftigen; solches geschah sowohl durch Verfertigung der Arbeiter als auch Erweiterung der Betriebe. Die früher in großem Umfange vorgenommenen Verschuldungen von Waren zu verlustbringenden Preisen haben im allgemeinen aufgehört, seitdem Produktion und Absatz in geregelter Bahnen geleitet sind.

Belangloserrgend ist zurzeit allerdings die Bewegung des Wandels. Der Ausblick auf die Welt-politik erhebt indessen keineswegs den ungünstigen Beurteilungen unteres Wirtschaftslebens Raum zu geben; eher könnte man die Arbeiterfrage als belagerrerrgend ansehen. Kurz, es liegt kein Anlaß vor, einem übertriebenen Pessimismus die Fingel stecken zu lassen; andere Renten- und Aktienbesitzer werden auf daran tun, zur Wahrung ihrer eigenen Interessen die Dinge mit Ruhe und Besonnenheit zu prüfen und sich nicht einschüchtern zu lassen.

### Der Vorstand der Selbsthilfe des Fürsten Eulenburg liegt vor.

Die königliche Staatsanwaltschaft Preussens. Der Schriftsteller Maximilian Harden zu Berlin hat in der von ihm herausgegebenen Wochenchrift „Die Zukunft“ gegen überhöht die Beschuldigung der geschichtlichen Verunstaltung erhoben. Ich füge eine Abschrift der in Betracht kommenden Artikel bei, aus ihnen die insbesondere aus der Nr. 30 vom 27. April 1907 ergibt sich, daß gegen mich nicht nur der Vorwurf der perverfen Verunstaltung erhoben wird — darin würde vielleicht nur eine Verleumdung liegen —, sondern die direkte Beschuldigung der aktuellen Verleumdung dieser Verunstaltung, also der Vorwurf des Beregunges gegen § 175 Strafgesetzbuch; anders läßt sich die Verleumdung nicht anders erklären, dessen wir, soviel nicht gefahrlos ist, als die des ... nicht wohl aufzufassen; daß mit diesem „Einer“ ich gemeint bin, darüber läßt der Zusammenhang der verschiedenen Artikel wohl kaum einen Zweifel; Herr Harden wird dies wie seine Verfasserschaft aber auch bestätigen. Wenigstens ist mir bewusst bin, daß die von Herrn Harden erhobenen Beschuldigungen — sei es die des gemeinen Verleumdunges, sei es die des Beregunges gegen § 175 Strafgesetzbuch — jeder Begründung entbehren, dürfte für die königliche Staatsanwaltschaft als die zur Verfolgung von strafbaren Handlungen berufene Behörde die Sache doch so liegen, daß durch die von dem Schriftsteller Harden öffentlich ausgesprochene Beschuldigung mich mittelbar der Verleumdung Beschuldigung einer strafbaren Handlung zur Kenntnis der Behörde gebracht ist, und dürfte bei dieser Sachlage die königliche Staatsanwaltschaft nicht nur berechtigt, sondern meines Erachtens sogar verpflichtet sein, diesem Verdad nachzugehen, um durch amtlich angelegentlich Ermittlungen event. eine Verurteilung herbeizuführen. Die gegenwärtige Eingabe soll nicht sowohl eine „Selbsthilfe“ sein, denn eine solche besteht nach meiner jeder Staatsbürger einen unverschiedenen Widerspruch enthalten, sondern soll vielmehr die königliche Staatsanwaltschaft lediglich auf angelegentlich begangene Straftaten aufmerksam machen, deren Vorliegen für die Behörde um so wahrheitsgemäßer sein muß, als sie auf öffentlich ausgesprochenen Behauptungen eines Schriftstellers von dem Rufe eines Maximilian Harden beruhen. Jeder Staatsbürger muß auch in besagter eckelener die königliche Staatsanwaltschaft auf den dringenden Verdad einer strafbaren Handlung hinzuweisen und hoffe ich auf ein amtliches Einschreiten der königlichen Staatsanwaltschaft umso mehr, als der Umstand, daß ich selbst bin, der die königliche Staatsanwaltschaft auf einen Verdad der Verleumdung meines Erachtens einen Einfluß nicht üben kann und demnach bitte die königliche Staatsanwaltschaft ich ganz ergeben, gegen mich und diejenigen Personen, mit denen ich angelegentlich mich gegen § 175 Strafgesetzbuch begangen haben soll, die erforderlichen Ermittlungen anzustellen und event. strafrechtlich einschreiten. gez. F. S. E.

### Frach Peters in München.

Am zweiten Verhandlungstag wurde zunächst Zeuge Kapitän A. D. Redakteur v. Köpfer-Berlin auskunft über zwei Unterredungen mit dem Geheimen Legationsrat v. Hellwig aus früheren Jahren. Bezüglich des Disziplinarturteils habe Hellwig gesagt, die Beurteilung sei nicht erfolgt wegen Mangels eines Vergehens, sondern wegen willkürlicher Verleumdung, und ließ dieser Vorwurf keine sich verheerend noch anders erklären. Dessen Beurteilungen darüber seien erfolgt. Generalleutnant A. D. v. Siebert erklärt, daß 1897, als er als Gouverneur dem Leutnant Bronsart eingeladen hatte, seine sämtlichen Offiziere die Einladung auszuführen, weil sie mit Bronsart nichts zu tun haben wollten. Siebert erklärte als absolut verlogen, sein Wort sei ihm zu glauben. Oberleutnant A. D. v. Siebert erklärte, daß er sich ebenfalls ungenügend über Bronsart der leidenschaftig gewesen sei, Schanden gemacht und Sedes auf Banken ausgeübt habe, bei denen er gar kein Guthaben hatte. Kommandeur A. D. v. Siebert erklärte, daß er im Herbst 1891 am Stimmabstimmungsamt des Regers Abwehr habe, bei der Hinrichtung v. Siebert beigegeben. Nach seinem Einbruch war die Hinrichtung

wohl notwendig wegen der dortigen unrichtigen Verhältnisse. Für die Hinrichtung der Regierin Jagoda wurden nur Flugt und Konspiration als Gründe angenommen. Der Zeuge erklärt, damals habe er über das Aussehen und die Hingänge vieler härter geurteilt; jetzt aber, seitdem er eine neue Weile gemacht und die Grausamkeiten der Eingeborenen kennen gelernt habe, urteile er über Dr. Peters gerechter. Er äußere, würde ebenso streng gehandelt haben; nur durch Strenge könne man die Autorität aufrechterhalten. Verschiedene Sachverständige bestätigten, daß kein Expositionsverfahren ohne eine gewisse Strafbedeutung auskomme. Die Prügelstrafe sei auch in der Eingeborenen-Trippe in Anwendung gewesen. Früher sei auch das Verhängen von Weibern gestattet gewesen, was jetzt verboten sei. Die Strafen: Ketten, Prügel und Hängen seien üblich und notwendig. Unter den Schwänen und Weibern habe es sich ebenso wohl gehalten, die Prügelstrafe ohne Laut oder Klage zu erdulden. Mose Gefangenengefangene werde von den Schwänen nicht als Strafe empfunden. Eingeborene verlangen nicht, daß andere Eingeborene mit Weibern gefoltert werden, was jetzt verboten ist. Der Schwane könne nicht ohne Stroh ertragen werden, aber der Prügel sei oft, daß die Schwänen nicht würden, weshalb sie geprügelt würden. Bei Lügen und Stöhlen müsse man den Stroh andeuten.

Montagsabgänger Dr. A. D. erklärt, seine früheren Beziehungen mit dem Kommandeur Dr. A. D. v. Siebert seien freundschaftlichen Charakters gewesen, niemals habe ich eine Szene ereignet, die sie Frau Dr. Siebert gegenüber habe. Kommandeur Siebert habe nach Abbruch der ersten Unterredung gegen Peters gewünscht, daß dieser wieder angelegt würde und eine Ortsausweisung erhalte, und habe sich mehrfach dafür verwendet und selbst Konzepte für ein Wiederanstellungsgesuch, welches Dr. Peters einreichen sollte, geschrieben. Erst später, nach Angelegenheiten Peters im Verhältnis, habe Kommandeur Siebert seine Meinung geändert und die Rede gegen Peters gehalten, gegen die er (Dr. A. D.) alsbald den Vorwurf der Unvorsicht erhoben habe. Die Fälligkeit des Ruder-Briefes, durch welchen allein der Umsturz in der öffentlichen Meinung hervorgerufen worden ist, sei ein Unbedeutendes. Was werde die Zeit kommen, daß man es nicht mehr verstehen werde, wie man Peters so habe in den Schmutz ziehen können. Er, Zeuge, trete für Dr. Peters ein, weil er die Ursache der Sache nicht die Kolonie Oskafira verurteilt, und weil nach seiner Überzeugung aus Peters ein Justizmord verübt worden sei. Im Disziplinarturteil hätte keine Verleumdung und Sachverständigen gesehen; der Hauptzeuge gegen Peters, Leutnant A. D. v. Siebert, v. Siebert, sei ungläubig. Eine Wiederanahme des Disziplinarturteils sei leider durch Geheiß

Gebannt beland nach verschiedenen Feststellungen über die Auffassung, die Major von Wichmann und andere über Dr. Peters hatten. Dr. A. D. v. Siebert-Fogelow aus Berlin, das Kommandeur Siebert in Privatgesprächen oft betont habe, daß die ganze größere Kolonialpolitik auf der Arbeit von Dr. Peters beruhe. Magistratssekretär v. Siebert aus Schwaberg, der im Jahre 1897 die Schwänen gegen die Kolonie Oskafira gegen den Stimmabstimmungsamt gewesen ist, gibt eine eingehende Schilderung der dortigen Verhältnisse und erzählt dabei, ihm sei von schwänen Soldaten gesagt worden, der Regier Jagoda hätte hingerichtet worden, obwohl Einbruch wie auch wegen Verleumdungen an Stationsweibern. Auch bezüglich der Regierin Jagoda hätte ihm die schwänen Soldaten erzählt, daß ihre Schwäne seitdem nicht mehr gesehen worden. Die Regierin Jagoda hätte hingerichtet worden, obwohl Einbruch wie auch wegen Verleumdungen an Stationsweibern. Auch bezüglich der Regierin Jagoda hätte ihm die schwänen Soldaten erzählt, daß ihre Schwäne seitdem nicht mehr gesehen worden. Die Regierin Jagoda hätte hingerichtet worden, obwohl Einbruch wie auch wegen Verleumdungen an Stationsweibern. Auch bezüglich der Regierin Jagoda hätte ihm die schwänen Soldaten erzählt, daß ihre Schwäne seitdem nicht mehr gesehen worden. Die Regierin Jagoda hätte hingerichtet worden, obwohl Einbruch wie auch wegen Verleumdungen an Stationsweibern.

**Zum Stande der antisemitischen Prozeduren** schreibt die „Neue politische Warte“: Bekanntlich hat das Reichsjustizamt vor der endgültigen Aufstellung eines Entwurfs zur antisemitischen Prozeduren die Anstaltsamern über die einzelnen Anordnungen ausständig geübt. Das Ergebnis dieser Gutachten muß jetzt im Reichsjustizamt zu überlegen sein. Nach dem, was wir zu erfahren in der Lage waren, darf man dieses Ergebnis wohl für dahin zusammenfassen, daß die Reichsjustizamt die antisemitischen Prozeduren eine Reform des antisemitischen

Verleger Dr. A. S. Salles, Halle a. S., Unter den Eichen 11. Druck und Verlag von Otto Schöler in Halle a. S.





Die Rubrik in der Rubrik... Ziffern... Besondere...

Berliner Börse, 26. Juni 1907

Veränderungen... Berlin, Bankdiskont 5 1/2%, Lombardzinsfuß 5 1/2%, Privatdiskont 5 1/2%

Main table containing stock market data with columns for company names, prices, and changes. Includes sections for 'Ueber die Rubrik', 'Städt. Kreis- und Gemeindefinanzen', 'Deutsche Hypoth.-Pfundbr.', 'Sriasan- u. Kleinhandl.', 'Branche-Aktien', and 'Industrie-Aktien'.